

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,
Raden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion:
Gebr. Knauth, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Landstadt

Abdruckpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2000.— M., durch die Post
bezogen monatlich 2100.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich
600.— M., Einzelnummer 80.— M., Sonntagsnummer 100.— M.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die viermalige Sonntagsbeilage 800.— M., auswärts
870.— M., die Sprechstunde Beilage 1200.— M., auswärts 1300.— M.,
Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familien-
anzeigen, Straßen- u. Wegzettel 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung, 90 M.

Nr. 49

Dresden, Dienstag den 27. Februar 1923

34. Jahrg.

Steuern und Einheitsfront

Das Selbstwertungsgesetz

Seit einigen Wochen liegt dem Reichstag ein Gesetzentwurf über die Berücksichtigung der Selbstwertung in den Steuergeetzen vor. Er regelt vor allem die Tarife und Bewertungsrichtlinien, die Bewertungsvorschriften, die Zahlung der Steuern und schließlich das Bankgeheimnis und den Depotzwang. Der Grundgedanke des Gesetzentwurfes, die Selbstwertung auch in der Steuergesetzgebung zu berücksichtigen, ist zweifellos richtig. Anders ist schon der Weg zu beurteilen, den die Regierungsvorlage einschlägt. Theoretisch hat die Selbstwertung nach zwei Seiten hin gewirkt. Sie hat erstens den Steuerpflichtigen belastet, wo progressive Steuerhöhen bestehen. Sie hat aber zweitens den Steuerpflichtigen entlastet, und zwar vor allem durch die verminderte Zahlung der Steuern in völlig entwerteter Mark. Daß die Entlastung durch die Selbstwertung wesentlich stärker geworden ist als die Belastung, kann wohl kaum ernsthaft in Abrede gestellt werden. Es genügt ein Blick auf die Einnahmen des Reiches, um zu sehen, daß der Anteil vor allem der Besitzsteuer in dem Maße abgenommen hat wie die Selbstwertung zunahm.

Man hätte infolgedessen von dem Gesetzentwurf der Regierung erwarten dürfen, daß er in erster Linie dafür sorgen würde, daß die Berücksichtigung des Fiskus durch die Selbstwertung beseitigt wird. Die Absicht der bürgerlichen Parteien war von vornherein und mit großer Geschlossenheit in der Enquete darauf gerichtet, den Gesetzentwurf in jenen Teilen wesentlich abzuschwächen, wo er dem Schutz des Fiskus und der Allgemeinheit diene. Diese gegenständlichen Auffassungen und die Beschlüsse der bürgerlichen Parteien in der ersten Sitzung des Ausschusses haben zu großen Meinungsverschiedenheiten zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie geführt.

Die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten betreffen die Fragen: 1. die Bewertung des Betriebsvermögens bei der Einkommensteuer, des Vermögens bei der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe und der Erbschaftsteuer; 2. die Frage des Tariffs bei der Vermögenssteuer, der Zwangsanleihe und der Erbschaftsteuer; 3. die Sicherung des Fiskus vor der Selbstwertung bei der Zahlung der Steuern; und 4. die Frage des Bankgeheimnisses und des Depotzwanges.

Die wichtigste Frage bei allen direkten Steuern ist die Frage, in welcher Weise die Bewertung des Besitzes erfolgt. Hier ist von jeder dem Sachbesitzer die Möglichkeit weitgehend Steuererleichterung gegeben. Je schneller und größer die Selbstwertung war, um so mehr wurde von den Sachbesitzern die steuerliche Schonung verlangt, weil die augenblicklichen Werte und Preise unmaßstäblich seien und mit dem dauernden Wert nicht in Übereinstimmung ständen. Mit dieser Argumentation wird auch gegenwärtig versucht, den Sachbesitz bei der Vermögenssteuer, der Zwangsanleihe und der Einkommensteuer nur mit einem scheinbar kleinen Bruchteil seines wirklichen Wertes einzuschätzen. Bei der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe sollen z. B. nach den Beschlüssen erster Sitzung Wertpapiere mit dem Preis des bisherigen Gases, andre Vermögensgegenstände mit dem Doppelten bewertet werden. Was das bei Wertpapieren bedeutet, zeigt die folgende Uebersicht:

Kategorie	Aktienkurs am 8. Dez. 1922	21. Febr. 1923	Wider vorerwähl. Steuerfuß	1893
Sabag	7500	48500	561	1893
Deutsches-Lagerbank	18500	58500	1862	5598
Rammsmann	14500	5400	1898	4188
Deutsche Bank	5900	27000	512	1598
Schuler	10100	88250	980	2880
Helfstoff-Walzbörsen	10200	29500	768	2288
zusammen:	68700	251750	6047	18151

Aktienbesitzer würden demnach also nur mit etwa einem Vierzehntel des wirklichen Wertes zur Steuerleistung herangezogen werden. Noch schlimmer ist die Regelung bei landwirtschaftlichem Besitz, bzw. bei gewerblichem Betriebsvermögen. Nach den Wertungsverrichtlinien, die das Finanzministerium im Dezember 1922 für die Vermögenssteuer und die Zwangsanleihe erlassen hat, sind Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, mit dem Reihenfachen, verpackte Grundstücke unter 18 Hektar (72 Morgen) Größe mit dem Viertelfachen des Wertbeitrageswertes vom 31. Dezember 1913 einzuschätzen. Der Wertbeitrageswert war ein vom Besitzer selbst geschätzter — also viel zu niedriger — Ertragswert nach den Reinerträgen der Jahre vor dem Kriege. Durchschnittlich betrug der Wertbeitrageswert kaum die Hälfte des gemeinen Wertes, d. h. des Preises, zu dem das Grundstück damals verkauft werden konnte, das war sein Goldwert. Von der Hälfte dieses Goldwertes soll also das Reihenfache der Bewertung zugrunde gelegt werden für eine Steuer, die in Papiergeld in den Jahren 1923/1925 gezahlt werden soll.

Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses will gnädigst eine Verdoppelung dieses Satzes zugesetzen, also das Zwanzigfache. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind aber um das 5000fache, die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke um das 2000- bis 4000fache gestiegen. Ganzignofalls wird also $\frac{1}{100}$ des wirklichen Wertes besteuert. Die Sozialdemokratie verlangt für bewegliches und unbewegliches Vermögen eine Verzehnfachung der bis-

herigen Höhe, also der Steuerkurse für Wertpapiere und des Wertbeitrageswertes für landwirtschaftliche Grundstücke. Obwohl in Anbetracht der gestiegenen Leistungsfähigkeit des Sachbesitzes eine beschiedene Forderung, trotzdem fand sie keinerlei Gegenliebe.

Das für wollen aber die bürgerlichen Parteien das, was sie bei der Bewertung zugestehen, durch eine Milderung des Tarifes wieder beseitigen. Nach ihrem Vorschlag soll mit der Erhöhung der Bewertung verbunden werden eine ebensolche Milderung des Tarifs. Das würde bedeuten, daß ein Steuerfuß von 1 vom Tausend nicht bereits bei 500 000 M. zu zahlen ist, sondern erst bei 1 500 000 M. Da Wertpapiere, die mit 1 500 000 M. eingeschätzt sind, in Wirklichkeit einen Wert von $(1 500 000 \times 14) = 21$ Millionen haben, wären Beträge bis zu dieser Höhe völlig steuerfrei. Bei landwirtschaftlichem Besitz würden steuerfrei sein Beträge bis zu $1 500 000 \times 200 = 300$ Millionen Mark.

Die dritte große Meinungsverschiedenheit besteht über die Beschleunigung der Steuerzahlung. Die bisherige Steuergesetzgebung enthielt einen Anreiz zur verspäteten Zahlung. Die Regierungsvorlage will die beschleunigte Zahlung durch Verzugszinsen in Höhe von 10 Prozent pro Monat sichern. Bei schnellerer Selbstwertung werden diese Verzugszinsen wirkungslos bleiben, weil dann die Verzugszinsen immer noch viel niedriger sind als der Gewinn, der aus der Nichtzahlung entsteht. Die Sozialdemokratie hat deshalb Verzugszinsen in voller Höhe der Selbstwertung verlangt. Sie forderte ferner nun Ausgleich für die gewaltige Milderung der Steuerlast, die durch die Selbstwertung des Jahres 1922 herbeigeführt wurde, einen nachträglichen Zuschlag in Höhe der Selbstwertung, aber nur für die Sachwertbesitzer, nicht für Kleinrentner und freie Berufe. Auch diese Anträge fanden vor den bürgerlichen keine Gnade.

Gegen den Widerstand der Sozialdemokratie ist ferner die Befestigung des Kundenbeziehungs der Banken beschlossen worden und die Aushebung des Depotzwanges für alle Wertpapiere. Der unter Führung der Banken und der demokratischen Vertreter und unter Führung des Reichsbankpräsidenten Habenslein unternommene Vorstoß auf völlige Befestigung der Ausnahmepflicht der Banken wurde einstweilen noch abgewehrt.

Dieser kurze, keineswegs alle und nicht einmal die schärften Mängel des Gesetzes enthaltende Uebersicht über den Inhalt des Gesetzentwurfes und die bisherigen Beschlüsse des Steuerausschusses des Reichstages läßt erkennen, daß er

nicht die „schwersten Opfer der Leistungsfähigen enthält“, die der Reichskanzler Cuno wiederholt in Aussicht gestellt hat. Für die Sozialdemokraten ist, wenn es bei den Beschläffen der ersten Sitzung verbleibt, die Stellungnahme klar vorzeichnet. Sie kann einem Gesetz, das den Besitz in der schärfsten Weise schützt, das innerpolitisch und wirtschaftspolitisch sich gegen die Massen des Volkes richtet, weil es deren Opfer vergrößert und die Stützungssaktion der Markt stark gefährdet, nicht die Zustimmung geben.

Rußland gegen die Auslieferung Nemels

Leitungsleiterin hat an die britische, französische und italienische Regierung eine Protestnote gegen die getroffene Regelung der Nemel-Frage gerichtet. Eine Abschrift dieser Note ist der deutschen Regierung übermittle worden. Die Note wendet sich gegen den Versuch, eine Frage, die in so einschneidender Weise das Weltgewicht auf dem baltischen Meer berührt, ohne Anhörung Russlands und seiner Verbündeten zu lösen. Das befehle neue internationale Konflikte herauf. Die Waldwirtschaft Russlands hängt in bedeutendem Maße von der Regelung der Wasserverkehrsverbindungen im Nemel-Land und von der Annahmehahme des Nemeler Hafens ab, der für die russische Ausfuhr von größter Bedeutung ist.

Für alle Verluste und Mißverständnisse, die für Russland aus der Annahmehahme Nemels an Sitauen erwachsen könnten, werde die Sowjetregierung an die Alliierten im geeigneten Augenblick eine Entschädigungsforderung zu präsentieren. Insbesondere sei der Artikel des Nemel-Vertrages zu beanstanden, der eine internationale Vertretung unter Beteiligung Polens im Nemeler Hafen einsetzt. Dieser Artikel stelle ein grobe Verletzung der elementarsten Interessen Russlands dar.

- Die Sowjetregierung stellt fest, daß
1. die Einsetzung eines internationalen Verwaltungsgremiums für die Nemel-Schiffahrt ohne die Beteiligung Russlands unannehmlich sei;
 2. nur die Uferstaaten des Nemel-Flusses und seiner Nebenläufe, einem solchen Verwaltungsgremium angehören dürfen;
 3. nur eine Entscheidung, welche Russland die Freiheit seines Verkehrs und den Unterhalt einer Flugschiffahrt auf dem Nemel-Fluss garantiert, von der Sowjetregierung anerkannt werden könne.

Die Sowjetregierung erwartet, daß die Regierungen, die an der Entscheidung dieser Frage mitgewirkt haben, mit Russland und seinen Verbündeten in einen Meinungsaustrausch eintreten werden, um dem jetzigen Zustande ein Ende zu bereiten, der eine schwere Bedrohung des Friedens in Osteuropa darstellt.

Sensationsgerüchte aus Amerika

Aus New York wird unterm 26. Februar gemeldet: Der englische Botschafter, Garvey, gab im Klub der Londoner Presse in New York Erklärungen ab, daß Präsident Harding eine Vermittlung in Europa vorbereitet, die augenblicklich noch zwischen der englischen und amerikanischen Regierung besprochen wird. Der Vermittlungsplan enthält Vorschläge zur Bildung einer internationalen Finanzkommission, die die Frage prüfen soll, bis zu welchem Grade Deutschland tatsächlich fähig ist, zu zahlen. Gleichzeitig soll die sofortige Räumung des Ruhrgebietes durch Frankreich durchgeführt werden. Andererseits soll Deutschland sich unbedingt verpflichten, die Kontrolle der internationalen Finanzkommission anzunehmen. Die amerikanische Regierung ist gewillt, einen Druck auf beide Länder auszuüben, wobei es als selbstverständlich bezeichnet wird, daß weder die Vereinigten Staaten noch England jemals Frankreich erlauben werden, aus dem Rheinlande einen unabhängigen Staat zu machen. Es wird hinzugefügt, daß die Vorschläge Hardings von Lonard Law warm unterstützt werden. Die offizielle Ankündigung des amerikanischen Planes werde in den nächsten 14 Tagen erwartet.

Diese Meldung scheint verträglich oder überhaupt falsch zu sein, jedenfalls ist sie von keiner ernsthaften Stelle bisher bestätigt worden. Es dürfte ausgeschlossen sein, daß die amerikanische Regierung eine etwaige Intervention auf diese Art bekanntgeben läßt, ebenso wird kein englischer Botschafter einen derartig bedeutsamen Akt „14 Tage vorher“ ausblenden. Uebrigens behauptet eine weitere Meldung, die amerikanische Botschaft in Berlin erklärte, Garvey sei schon vor drei Wochen aus New York nach London abgereist. Gleichviel, die Meldungen sind in keiner Weise verbürgt.

Die gesamte Presse treibt mit den New Yorker Behauptungen Sensation. Wären sie zutreffend, so wäre ihnen freilich außerordentlicher Wert beizumessen. Ein Eingreifen Amerikas würde die Regelung der Konflikte in Europa hätte weit nachhalligere Folgen als sein Eingreifen im Kriege. Es könnte die dauernde Anteilnahme an der Politik und Verbindung mit der Wirtschaft Europas bedeuten. Zunächst würde ein Verhandeln im Ruhezustand gegeben sein. Die in den New Yorker Meldungen angegebenen „Bedingungen“ sind vorerst Phantasiemotive, weshalb darüber zu spekulieren keinen Sinn hat. Ede Amerika eingreift, wird es sich die Zustimmung der französischen Regierung gesichert haben, wofür bis jetzt keinerlei Anzeichen vorliegen. Der englische Regierungschef Lonard Law hat die Möglichkeit einer Intervention für die nächste Zeit zugegeben, aber ganz deutlich auf Amerika verwiesen, das den ersten Schritt tun müsse.

Ob die Regierung Hardings wirklich intervenieren wird, ist schwer vorauszusagen, weil ein solcher Schritt Konsequenzen für die ganze kapitalistische Welt hat. Daß freilich die Zeit zu einer solchen Intervention reif wird, ist sicher. Vielleicht kommt der Anstoß zu einer Vermittlung von einer anderen Macht, vielleicht läßt man auch die Dinge im Ruhrgebiet erst so gefährlich werden, daß die europäischen, ja die Weltwirtschaft sinnfällig gerüttelt erscheint, ehe man einen ernsthaften Schritt tut. Auf alle Fälle ist klar, daß an der Lösung des Ruhrbrandes nicht nur Deutschland ein Interesse — und ein Lebensinteresse — hat, sondern daß aus diesem Konflikt die Krise, vielleicht sogar die Katastrophe der Wirtschaft und Kultur Mitteleuropas hervorgehen kann.

Welche besonderen Folgen für Deutschland ein etwaiges Eingreifen Amerikas haben kann, ist erst vorauszusagen, wenn man die amerikanischen Pläne kennen und schließlich wissen würde, ob England zustimmt und gewillt wäre, auf Frankreich Druckmittel auszuüben usw. Das alles aber ist Zukunftsmusik, deren Töne noch nicht vernnehmbar sind.

Terror und Gewalttaten

Berlin, 26. Februar. Die deutsche Regierung hat in Paris abends eine neue Protestnote überreicht, in der es heißt: Die Gewalttätigkeiten der französischen und der belgischen Truppen gegen die Bevölkerung des Ruhrgebietes häufen sich in erschreckender Weise. Wenn es in der ersten Zeit nach dem Einmarsch noch den Anschein haben konnte, als ob es sich bei den Gewalttätigkeiten um Ausschreitungen von einzelnen Angehörigen der Besatzungsmarine handele, so zeigt sich in den letzten Wochen immer deutlicher, daß die militärischen Befehlskörper selbst systematisch darauf ausgehen, die Bevölkerung zu terrorisieren. Die neuerdings vorgekommenen Fälle der Wegnahme von Privatneben, der Ausweisungen und Verhaftungen von Beamten, der Strafmaßnahmen gegen ganze Städte sowie der Willkür und der Tötung von Privatpersonen sind so zahlreich, daß es der deutschen Regierung schierlichsterdings nicht mehr möglich ist, jeden einzelnen Fall seiner Bedeutung entsprechend gesondert zu behandeln. Sie muß sich deshalb einstellen darauf beschränken, einzelne Fälle herauszugreifen. Nach der Behandlung, die den deutschen Protesten bis jetzt zuteil geworden ist, kann die deutsche Regierung nicht darauf rechnen, daß ihre Mitteilungen die französische Regierung jetzt zu einem Einschreiten gegen die Gewalttakte ihrer Truppen veranlassen werden. Sie hält es gleichwohl für ihre Pflicht, der französischen Regierung durch Darstellung einzelner Beispiele das unerhörte Vorgehen der Truppen immer wieder vor Augen zu führen und so die Verantwortlichkeit für dieses Vorgehen fest-